Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 8 August 1971 | 5. Jahrgang | Preis 50 Pfennig

C 21246 E



Tarifrunde 71

DAS DILEMMA DER IG METALL

Die DGB-Gewerkschaften, in denen in aller Regel Sozialdemokraten die wichtigsten Funktionen sowohl an der Spitze als auch an der Basis beherrschen, müssen bestrebt sein, die SPD-Regierung zu unterstützen, d.h. sie müssen dazu beitragen, daß die Konzernherren weiterhin ihre Interessen durch die SPD vertreten lassen.

Vorbereitung der offentlichen Meinung auf die physische Liquidation von Kommunisten

POLIZEI ORGANISIERT STRASSENSCHLACHT

Gleich zweimal im vergangenen Monat veranstalteten schwerbewaffnete Polizei-Truppen Straßenschlachten, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel sind. Die Hamburger Schießerei - wir gehen in dem folgenden Artikel darauf ein - sollte angeblich der Bekämpfung der Baader-Meinhof-Gruppe dienen. In München wurde - unter persönlicher Teilnahme von Strauß - ein Massaker organisiert, mit dem erkennbaren Ziel, zwei Bankräuber an der Flucht zu hindern. Ergebnis dieses Massakers: ein Bankräuber und eine Geisel von Polizei-Gewehren und MP's durchsiebt, eine andere Geisel von einem Polizisten mit dem Pistaolenknauf zusammengeschlagen und gefährlich am Kopf verletzt.

Beide Schlachten haben auch ihren 'politischen Hintergrund'. Petra Schelm wurde gejagt und ermordet als angebliches Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe, die in letzter Zeit mit allen Mitteln der bürgerlichen Propaganda zum 'Staatsfeind Nr. 1' hochgeputscht wurde. Die Münchener Bankräuber sollen einer dubiosen 'Roten Front' angehören, aus der von verschiedenen berufsmäßigen Wahrheits-Fälschern in der bürgerlichen Presse der Einfachheit halber gleich die 'Rote Garde' gemacht wurde.

Petra Schelm wurde, wie die Polizei beteuert, aus Notwehr erschossen. (Wie diese 'Notwehr' allerdings aus-

Einfluß der Kommunisten auf die Arbeitermassen zurückzudrängen und unter Kontrolle zu halten. Dabei konnte sie sich vor allem auf eine massive antikommunistische Propaganda stutzen.

Seit einigen Jahren hat sich das Blatt gewendet. Der westdeutsche Imperialismus hat wieder zu seinem normalen Krisenrhythmus zurückgefunden, die Widersprüche im Innern und nach außen verschärfen sich zunehmend, die Arbeiterbewegung erlebt einen spontanen Aufschwung, und es gibt wieder eine revolutionäre proletarische Partei, die sich mehr und mehr mit dieser Arbeiterbewegung

I. Der DGB als Verbreiter des Sozialfaschismus

Als Partei kann die SPD heute nicht mehr in dem Maße wie vor dem Krieg soziale Hauptstütze der Kapitalisten in der Arbeiterklasse sein, besonders seitdem sie nicht mehr bloß 'Arbeiter'partei, sondern 'Volks'-partei zu sein vorgibt. Ihre Rolle als 'Arbeiter'partei kann sie nur noch durch Vermittlung des DGB spielen, der die reformistisch-sozialfaschistische Mitbestimmungsideologie in der Arbeiterklasse verbreitet und dadurch ihren Widerstand gegen das Kapital spaltet. Je mehr auch der ideologische Einfluß des DGB auf die Arbeiterklasse zurückgeht, desto geringeren Wert hat die SPD für die Kapitalistenklasse, desto mehr sieht diese sich genötigt, sich nach einem geeigneteren Unterdrückungsmittel umzusehen. Je mehr die SPD an Boden verliert, desto härtere Maßnahmen ergreift sie gegen die Arbeiterklasse und deren sich allmählich herausbildende Vorhut, die kommunistische Partei. Hierbei findet sie Unterstützung bei der 'linken' Sozialdemokratie: DKP und Jungsozialisten, die eine völlige Befreiung der Arbeiterklasse von den reformistischen Trugbildern verhindern sollen.

II. Der DGB betreibt Lohnraub

Um die SPD als Interessenvertreterin des Kapitals wirksam zu unterstützen, müssen die DGB-Gewerkschaften alles Erdenkliche tun, um Tarifverträge im Rahmen der Schillerschen Lohnleitlinien abzuschließen und damit faktisch den Reallohn der Arbeiter herabzudrücken, denn bei einem Kaufkraftverlust der deutschen Mark um mindestens 10 % im Jahr (laut der französischen bürgerlichen Zeitung 'Le Monde') - unsere Genossen von der Roten Opel-Betriebsgruppe Rüsselsheim errechneten sogar 11-13% ! - und bei der Einstufung in eine höhere Lohnsteuergruppe sind 8% Lohnerhöhung auf den Tariflohn nicht nur Lohnstopp, sie sind Lohnraub. Hinzu kommt der Verzicht auf die Forderung nach Schließung der Lohnschere, d.h. nach tariflicher Absicherung der Effektivlöhne.

Die bisherigen Tarifabschlüsse dieses Jahres zeigen, daß es dem DGB überall gelungen ist, die Kampfkraft der Arbeiter so zu schwächen, daß sich diese Unverschämtheit leisten konnte, ohne auf allzu großen geschweige denn organisierten Widerstand zu stoßen. So schloß die ÖTV Anfang dieses Jahres für 120000 Werktätige bei den Besatzungsmächten mit 6,5% ab. Die IG Bau-Steine-Erden schloß für 1,3 Millionen Bauarbeiter mit 7,9% ab. Die IG Bergbau-Energie bescherte den Bergleuten klammheimlich 100 DM Weihnachtsgeld. Statt eines 13. Monatslohns wurde eine neue Arbeitsordnung eingeführt, die die Löhne stärker aufsplittert, als es bisher der Fall ist. Nur scheinbar durchbrach die IG Druck und Papier diese Serie mit 9%, aber 1970 hatten die Drucker nur 9,5% erhalten und die geforderte 10%ige Vorweganhebung wurde ersatzlos gestrichen. Die IG Textil-Bekleidung schloß in Hessen mit 7%, in Nordrhein nach kurzem 'Warnstreik' in einigen Betrieben mit 7,5 bzw. 8% ab.

Fortsetzung Seite 2



sieht, wissen wir spätestens seit der Ermordung Benno Ohnesorgs). In München machte man sich schon nicht mehr die Mühe der Verschleierung. Hunderte von Neugierigen konnten sehen, wie 'ihre' Polizei ohne Warnung auf alles schoß, was sich vor und in der Bank bewegte. In München wurde brutal und planmäßig das Leben mehrerer Menschen aufs Spiel gesetzt.

Aber auch der Tod Petra Schelms war kein unglücklicher Zufall, sondern der durchaus logische Abschluß einer großangelegten faschistischen Terroraktion.

Was ist das für eine Logik, und was steckt dahinter ? Letztlich geht es bei solchen Großeinsätzen gegen eine kleine revolutionäre Anarchistengruppe darum, die Volksmassen vorzubereiten und den Polizeiapparat einzuüben auf die geplante Unterdrückung und Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer organisierten Vorhut. Denn wie die Geschichte aller Länder zeigt, ist die einzige konsequent revolutionäre Klasse, die die Bourgeoisie stürzen kann, die Arbeiterklasse; und der bürgerliche Staat ist deshalb in erster Linie ein Instrument der Kapitalisten zur gewaltsamen Niederhaltung der Arbeiterklasse.

Während der 50er und der ersten Hälfte der 60er Jahre war der Klassenkampf in unserem Lande gekennzeichnet durch das Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus, verbunden mit einer relativen wirtschaftlichen Stabilität einerseits und durch den vorübergehenden Rückgang der Arbeiterbewegung und die zunehmende Entartung der KPD andererseits. Unter diesen Bedingungen fiel es der Kapitalistenklasse, ihrem Staat und ihrer Presse verhältnismäßig leicht, den

und mehr mit dieser Arbeiterbewegung verbindet. Das sehen „unsere" Kapitalisten sehr wohl. Und sie sehen auch, daß die antikommunistische Hetze nicht mehr zieht, daß immer mehr Arbeiter und andere Teile des Volkes die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten kapitalistischen System erkennen und sich der Sache der Revolution und des Kommunismus zuwenden. Wenn es der Bourgeoisie aber nicht mehr gelingt, die Arbeiter mit den Mitteln der antikommunistischen Propaganda der Täuschung und Lügen niederzuhalten, dann greift sie ohne Zögern zu den Mitteln der Einschüchterung und Drohungen und zur offenen faschistischen Gewalt. Und das ist der Schlüssel zum Verständnis der Taktik des Staatsapparates bei der Verfolgung der Baader-Meinhof-Gruppe: Die Kapitalistenklasse, ihr Staat, ihre Presse und alle anderen Handlanger **haben Angst vor dem politischen Erwachen der Arbeitermassen**. Sie wissen, daß die plumpen Lügen und Verleumdungen à la 'Bild' die wachsende Verankerung der „Maoisten" (diese Bezeichnung wird für wahre Kommunisten bereits zum Ehrennamen) in der Arbeiterklasse nicht aufhalten können. Deshalb versuchen sie zur Vorbereitung der geplanten Zerschlagung der revolutionären Partei des Proletariats, die Bevölkerung **an faschistische Terrormaßnahmen zu gewöhnen und einzuschüchtern.**

Wie Innenminister Genschers Sturmstaffeln diese Aufgabe wahrnehmen, beschreibt der 'Spiegel' anschaulich am Beispiel des Hamburger Großeinsatzes: „Ausgerüstet mit Maschinenpistolen und Tränengas, Walkie-Talkies (tragbaren Sprechfunkgeräten) und Panzerwesten kontrollierten über 3000 Landespolizisten Straßen an strategisch wichtigen Punkten in Hamburg


Von der Polizei ermordet: PETRA SCHELM

Fortsetzung von Seite 1

und Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein; allein im Bezirk Lüneburg gab es 18 Kontrollposten.

Wo immer ein Kraftfahrer versehentlich oder bewußt die emporgehobene Polizei-Kelle passierte, ließen die Straßenwächter Beutel mit grellgelber Farbe an den Karosserien zerplatzen, und Hubschrauber, wie Streifenwagenbesatzungen jagten, entsicherte Maschinenpistolen im Anschlag, die so Markierten - einen so lange, bis er nahe der Autobahnauffahrt Hamburg-

ist längst nicht mehr so günstig wie noch vor 5 Jahren. Wie eine bürgerliche Meinungsumfrage dieser Tage ergab, erklärte jeder 10. Norddeutsche offen, er würde Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe Unterschlupf gewähren.

Natürlich heißt das nicht, daß jeder 10. Norddeutsche Anarchist ist. Aber es zeigt, daß immer größere Teile des Volkes den Unterdrückungscharakter des kapitalistischen Staates erkennen und bereit sind, den revolutionären Kampf gegen ihn zu unterstützen. Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Massen beweist, daß kein Betrug und keine Gewalt sie auf

DAS DILEMMA DER IG METALL

Für die Versicherungsangestellten 'erhandelte' die IG Handel-Banken -Versicherungen 7,5%. Die IG Chemie Papier-Keramik schließlich schloß im Tarifgebiet Rheinland-Pfalz mit 6,5% ab, führte die Chemiearbeiter in Hessen, Nordrhein, Westfalen und Hamburg mit ihrer 'Geheimstrategie punktueller Streiks' an der Nase herum, um sich schließlich nach mehreren Schlichtungsterminen durch den 'neutralen' Staat mit den Chemieherren auf 7,8% für 10 Monate, d.h. faktisch auf 6,5-7% aufs Jahr umgerechnet, zu einigen.

Das zeigt eins ganz klar: wie radikal sich die Gewerkschaftsbonzen auch geben, wie großspurig sie auch von Kampfmaßnahmen tönen, alles läuft im Endeffekt darauf hinaus, im Rahmen des Lohndiktats der Drei--einigkeit von Kapital, SPD-Regierung und DGB-Apparat zu bleiben.

III. Mittel des DGB zur Zersetzung der Kampfkraft der Arbeiter

Die Mittel dazu sind unterschiedlich, je nachdem, welche Kampfer - fahrungen die Arbeiter haben: die ÖTV droht mit Streiks und schließt plötzlich 'verantwortungsbewußt' ab. Die IG Bau verhandelt wie immer ohne viel Wind: sie hat ohnehin nur geringe Glaubwürdigkeit bei den Bauarbeitern, die jedoch wegen der Zersplitterung ihrer Arbeitsplätze und mangelnder Organisierung zu Streikmaßnahmen kaum in der Lage sind. Die IGBE bevorzugt einen Geheimvertrag, mit dem sie die Kumpel überfährt und selbst unter Gewerkschaftsgremien überrascht: offenbar hatten Adolf Schmidt und seine Kumpane Angst davor, die Bergleute nicht 'bändigen' zu können, falls sie ihnen vorher das magere Ergebnis mitteilen. Sie beschwören vielmehr die schwierige wirtschaftliche Lage der

Die Chemiestreiks dienten von vornherein der Zersetzung der Kampffront der Arbeiter. Allerdings gelang es der IG Chemie nur mit Mühe, streikwillige Belegschaften bei der Stange zu halten. Durch die vorgebliche Geheimstrategie wurden nur die kampfstarken Betriebe hingehalten, bis in den anderen die Streikfront 'abbröckelte'. Mit Ablehnung der Staatsschlichtung spielten sich die Hauenschild & Co. als 'radikal' auf. Schlichter Figgen, NRW-Arbeitsminister, maßregelte pro forma die Chemiekapitalisten, bevor er deren Verhandlungsangebot als Schlichtungsbasis annahm. Nach wochenlangen Streiks wurde natürlich ohne Urabstimmung sehr rasch abgeschlossen, was die IG Chemie-Führung damit begründete, daß die

lage in Betracht zu ziehen'. Damit entspricht Brenner der Versicherung des DGB-Borsitzenden Vetter, daß die Preisstabilität 'nicht ohne Einfluß' auf die Tarifverhandlungen bleiben werde. Vetter hielt Bildungsurlaub usw. für wichtiger als Lohnforderungen.

Brandt konnte dann auch am 17. Mai sagen:

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Sozialdemokrat in verantwortlicher gewerkschaftlicher Funktion diese Regierung im Stich läßt"

Deutlicher wird auch Brenner in einem Interview mit der Zeitschrift 'Capital' (Juni 1971):

„Außerdem sind die Zusammenhämge zwischen Wechselkurs und Wirtschaftsentwicklung nicht eindeutig geklärt. Daher wäre es entschieden verfrüht, jetzt schon bestimmte tarifpolitische Schlußfolgerungen zu ziehen.....Von Kurztreten kann keine Rede sein.

Wir richten uns nach der Wirtschaftslage, die wir vorfinden oder zu erwarten haben.....Den Arbeitgebern haben haben wir bereits einige Forderung zum Lohnrahmen und zur Ausgestaltung der Tarifverträge angekündigt. Für die Arbeitnehmer ist der Wert eines Tarifabkommens mit solchen Nebenleistungen in der Tat oft größer als ein errechenbarer materieller Wert."

Das weist deutlich in eine Richtung, die die IGM im Herbst gehen könnte: Ablenken auf Nebenforderungen, die plötzlich groß herausgestrichen werden, um die 'Stabilitätspolitik' der

Harburg, von Weinkrämpfen geschüttelt in einem Kornfeld zusammenbrach."

Die Zahl der nächtlichen Hausdurchsuchungen, die unter dem Vorwand der Suche nach Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe durchgeführt wurden, dürfte in die Hunderte gehen. In München umstellte die Polizei z.B. ganze Häuserblocks, jagte nachts alte Frauen aus dem Bett, brach in die Praxis von Ärzten ein. Früher glaubte die Polizei durch Herausgreifen einiger „Rädelsführer" die Studentenmassen kopflos machen zu können; heute sieht sie sich bereits zu Einschüchterungs- und Terrormaßnahmen gegen die ganze Bevölkerung gezwungen.

Der Mord an Petra Schelm zeigt, daß der Staatsapparat sich nicht mehr begnügt, seine Macht zu **zeigen**, sondern daß er sie zur planmäßigen Ausrottung von „Staatsfeinden" einzusetzen beginnt. Der Mord an Petra Schelm war nur der Anfang einer systematischen Kampagne, um die öffentliche Meinung auf die geplante **physische Liquidation** der revolutionären Kräfte in unserem Land vorzubereiten. Damit solche Mordaktionen nicht als das erkannt werden sollen, was sie sind, versucht man, ihnen das Aussehen von „Duellen" zu geben: Wie bei den Kriminalserien im Fernsehen steht der „tapfere" Polizist einem zu allem entschlossenen Verbrecher gegenüber, natürlich ist der Polizist stets der Angegriffene, der grundsätzlich zuletzt schießt. Das Ziel dieser Propaganda ist, daß die wahren Adressaten diese Polizeiterrors, die Arbeiter, sich mit den Polizisten identifizieren und ihn für einen Vertreter ihrer persönlichen Interessen halten sollen. Aber der Boden für eine solche Propaganda

die Dauer täuschen und niederhalten kann. Heißt das, daß wir uns auf dieser Erkenntnis ausruhen und auf den Selbstlauf dieser Entwicklung hoffen dürfen ?

Vor genau einem Jahr schrieben wir an dieser Stelle anläßlich des SDS-Verbots:

„Den Kampf gegen die Monopolbourgeoisie und ihren Staat erfolgreich organisieren und führen kann nur eine disziplinierte, schlagkräftige **marxistisch-leninistische Partei.** Für jeden, der wirklich die sozialistische Revolution will, muß deshalb der Aufbau und die Stärkung der Partei die vordringlichste Aufgabe sein... Eine kommunistische Partei, die sich ihre Handlungsfreiheit nicht durch die Preisgabe ihrer revolutionären Ziele erkaufen will, muß sich darauf einrichten, daß die Bourgeoisie sie mit allen Mitteln der faschistischen Gewalt bekämpft wird. Es ist klar, daß eine Partei, die eindeutig die gewaltsame Zerstörung des Staatsapparates ins Auge faßt, es sich in der kapitalistischen Hochburg nicht bequem einrichten kann. Wenn ihre Mitglieder aus geringstem Anlaß verhaftet werden, in Zeiten des Terrorismus hingerichtet werden, aus Fabriken gejagt, von der Polizei verfolgt werden, dann hat eine solche Partei nur die Wahl zwischen dem Aufgeben ihrer kämpferischen Prinzipien und dem Weg in den Untergrund bis zum Vorabend des Aufstandes. Man soll sich keine Illusionen machen; man teilt keine Schläge aus, ohne auch einige zu erhalten, man streckt den Kopf nicht aus dem Schützengraben, um den Feind zu treffen, ohne selber Gefahr zu laufen, daß man getroffen wird..."



Ruhrkohle AG, und IGBE-Chef Schmidt möchte 'nicht in der Haut der Unternehmer stecken'. Gegenmaßnahmen der erbosten Bergleute werden abgeblockt, indem ein 'Sanierungs'plan für den Ruhrbergbau bekannt wird, wobei natürlich lange Zeit im Dunkeln bleibt, welche Zechen geschlossen werden.

Die IG Textil hat mit den besonders schlecht bezahlten Arbeiterinnen von vornherein noch leichtes Spiel. Die Symbolstreiks waren für die Frauen praktisch nur arbeitsfreie Tage, mehr nicht. Die besondere Unterdrückung der Frau kommt auch in ihrem mangelnden Kampfbewußtsein zum Ausdruck.

müsse, angeblich führten 'Flächenstreiks' in solch großen Tarifgebieten 'weder zum totalen Sieg noch zur totalen Niederlage'. Auf diese Weise wälzte sie die Schuld für ihren Verrat auf die Arbeiter ab, die sie durch Einsatz der V-Leute z.T. nur mühsam wieder an die Arbeit bekam. In ihrem Tarifabschluß, der deutlich demonstrieren sollte, daß auch bei Streiks nicht wesentlich mehr herausspringt als ohne Streiks, lieferte sie zudem die klassenkämpferischen Kollegen die den Streik konsequent zu führen suchten, der Klassenjustiz aus.

IV. Wie sieht die Lage im Metallbereich aus ?

Auf wessen Seite die IGM-Führung steht, dafür sprechen folgende Aussprüche Brenners, die in der IGM kaum Einspruch hervorriefen:
Anfang März erwartete Brenner von den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen keine besondere Zuspitzung Die bisherigen Tarifabschlüsse anderer Gewerkschaften (ÖTV, IG Bau) wären nicht über das vertretbare Maß hinausgegangen. Infolge des nachlassenden Wachstums in der Stahlindustrie würde auch die Steigerungsrate der Löhne und Gehälter sowieso niedriger ausfalleb. Die Tarifbewegung 1970 dürfe das Urteil (der Kapitalisten) nicht völlig umgestoßen werden, wo nach den Gewerkschaften bis 1969 'Vernunft und Augenmaß' bescheinigt worden sei.

Brenner behauptet damit, daß Tarifabschlüsse von 6,5 und 7,9% Steigerungsraten der Löhne seien. Von der Preisentwicklung redet er gar nicht erst. Außerdem läßt er sich von den Kapitalisten 'Vernunft' bescheinigen.

Am 11. Mai gibt er von sich: „Wir können einerseits nicht daran vorbei gehen, daß das wirtschaftliche Wachstum sich verlangsamt hat, wenn auch die Auswirkungen auf die Erträge nicht so dramatisch sind, wie das häufig von interessierter Seite dargestellt wird."

Brenner bringt schon durch seine Formulierung klar zum Ausdruck, auf wessen Seite er steht. Wessen 'Erträge' sind es denn, von denen er redet ? Wenig später möchte er offenbar Einwände gegen diese Verlautbarungen beschwichtigen, indem er auf einem Treffen des SPD-Parteivorstandes mit dem Gewerkschaftsrat, der die Stabilitätspolitik der SPD-Regierung zum Thema hat, betont, es müsse 'jeder Anschein eines Stabilitätspaktes vermieden werden'. Damit seine kapitalistischen Bundesgenossen das ja nicht 'in den falschen Hals bekommen', versicherte er noch einmal ausdrücklich, bei den 'zu stellenden tariflichen Forderungen' seien die 'Veränderungen der Wirtschafts-

SPD-Regierung zu unterstützen. Allerdings wird dabei eifrig vermieden, eine für die Krise so wichtige Forderung, wie Absicherung der Effektivlöhne auch nur in Betracht zu ziehen. Den Kapitalisten soll hier offenbar freie Hand gelassen werden, die Löhne nach Bedarf zusammenzustreichen.

Vorsorge für die Krise leistete die IGM schon durch das Punktsystem für Zeitlöhner in der metallverarbeitenden Branche, das noch während der Tarifverhandlungen 1970 in aller Stille vereinbart wurde. Wie beim Bergbau soll durch 'analytische Arbeitsplatzbewertung' jeweils das Maß der Streichung von 'übertariflichen Zulagen' errechnet werden. Zugleich wird damit die Arbeiterklasse in noch mehr Lohngruppen aufgesplittert.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

Anschrift der Redaktion: Redaktion ROTER MORGEN 2 Hamburg 71, Postfach 464
Anschrift des Vertriebs: Verlag Detlef Schneider, 2 Hamburg 19 Postfach 7654
Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust
Verlag: Detlef Schneider

Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis: 0,50 DM Abonnementspreis für 24 Ausgaben: 11.- DM (einschließlich Porto).

Wie so etwas 'funktioniert', kann man anhand der 'neuen Arbeitsordnung' im Bergbau zeigen: Arbeiter scheiden aufgrund einer Neubewertung aus dem Gedinge (Akkord) aus, werden aber teilweise weiter mit Akkordarbeit beschäftigt. Der Effekt ist erhöhte Arbeitsleistung bei gleichbleibendem oder gar gesunkenen Lohn. 7,5% Lohnheißt für viele Kollegen direkte Lohnsenkung. Ein paar Aufsichtshauer rutschen dagegen in eine höhere Lohngruppe, ohne mehr leisten zu müssen. So will die IGBE die Arbeiteraristokraten für sich gewinnen. Die Arbeitsordnung dient damit der Spaltung der Arbeiterklasse. Hinzu kommt, daß mit der 'Sanierung' der rund zwei bis drei der noch bestehenden 52 Zechen zum Opfer fallen sollen, zahlreiche Kumpel mit Entlassung in den nächsten Jahren zu rechnen haben.

Durch zahlreiche weitere Maßnahmen hat die IGM bereits Vorsorge getroffen, um Widerstand gegen ihren kommenden Verrat im Keim zu ersticken. Sie weiß genau, daß die Zahl der Austritte wesentlich höher läge, müßten nicht die Arbeiter in Mitbestimmungsbetriebetrieben um ihre Arbeitsplätze bangen. In solchen Betrieben herrscht längst Zwangsmitgliedschaft.

Schon seit Monaten spielt die IGM den Arbeitern gegenüber die Karte 'Gefährdung der Arbeitsplätze' aus, um sie zu 'wirtschaftlicher Vernunft' zu ermahnen. „Dieses Jahr steckt nicht viel drin", so äußerte sich Albert Pfeiffer, Betriebsratsvorsitzender der Hoesch Westfalenhütte auf einer Belegschaftsversammlung. Alle Register werden gezogen, um den Kollegen 'klar' zu machen, daß sie verzichten müssen.

Dabei befinden sich die SPD-Betriebsräte keineswegs in einer rosigen Lage, denn sie müssen an die Wahlen 1972 denken. Sie müssen eine Strategie zur Lähmung der Kampfkraft der Arbeiter entwickeln und ihnen zugleich vormachen, daß jeder 'Erfolg' nur im

Als weiteres Mittel hat die IGM, die noch 1970 wortradikal verlauten ließ, daß bei dieser Tarifrunde so viele Mitglieder wie noch nie zuvor im Kampf ständen, die Trennung von stahlproduzierender und metallverarbeitenden Industrie vorgesehen. Die Laufzeit beider Verträge ist unterschiedlich: während der in der Metallbranche am 30. September ausläuft, endet der Vertrag der Stahlbranche erst am 31. Oktober.

Möglicherweise ist für beide Bereiche auch ein unterschiedliches Vorgehen geplant: der Betriebsratsvorsitzende von Opel/Bochum versprach sich auf einer Belegschaftsversammlung indem er von 'Verhandlungen im Aug...Oktober' redete, was auf Geheimverhandlungen während der Werksferien schließen läßt. Pfeiffer von der Westfalenhütte gab gegenüber der Dortmunder Lokalpresse an, es sei nicht sicher, ob die Tarife überhaupt gekündigt würden.

Von vornherein läuft seitens des IGM-Apparates auch eine Gegenstrategie gegen die rechtzeitige Aufstellung von Forderungen durch Belegschaften oder untere Gewerkschaftsgremien. Während 1970 schon im Juni die 15%-Forderung als Mindestforderung von zahlreichen Betrieben aufgestellt wurde, wird jetzt alles getan, um die Arbeiter möglichst lange im Unklaren zu halten. In V-Leute Körpern, wie bei der Maschinenfabrik Deutschland (MFD), wird gedroht: „Wer über 8% fordert, wählt Strauß !" bei Belegschaftsversammlungen werden Spüche gefällt wie: „Diesmal ist nicht viel drin !" - „Kollegen, wartet doch bis das WWI (Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB) als möglich errechnet !" - „Es ist nicht opportun, jetzt schon seine Forderungen der Öffentlichkeit preiszugeben, die ja nur darauf herumhackt !" Wo sie Widerstand erwartet, organisieren sie militante SPD-Betriebsgruppen, die besonders gegen Kommunisten vorgehen.

Trotz solcher Gegenmaßnahmen

'Der Gewerkschafter' und im Organ des DGB 'Welt der Arbeit', desweiteren Verbotsanträge, die von IGM-Ortsverwaltungen in Duisburg, Gelsenkirchen und Dortmund für den Gewerkschaftstag gestellt wurden. Bei führenden Funktionären der IGM kursiert zudem eine Geheimstudie über die KPD/ML, die Brenner persönlich in Auftrag gegeben hat.

Längerfristig bedroht die KPD/ML die Kapitalisten und ihre Lakaien dadurch, daß sie die Arbeiter dem Einfluß der reformistisch-sozialfaschistischen Ideologie, die die Bonzen verbreiten, entzieht. Auf diese Weise vergrößert sie allmählich das Lager der klassenbewußten Arbeiter gegenüber dem Lager derjenigen, die noch hinter den Sozialfaschisten herlaufen. Die Bonzen und die hinter ihnen stehende SPD müssen befürchten, daß ihnen so allmählig ihre Basis weggezogen wird, da immer weniger Kollegen auf ihre demagogischen Tricks hereinfallen.

Da die ideologische Befreiung der Arbeiterklasse eine wichtige Bedingung für die Beseitigung des Kapitalismus ist, da dann ja die Arbeiter immer klarer wissen, wie sie dessen Joch abschütteln können, müssen die Sozialfaschisten alles tun, um die Aufklärung der Arbeiter zu unterbinden. Deshalb betätigen sie sich besonders eifrig bei Untersuchungen (die Bonzen zählen zu den eifrigsten Lesern unserer Flugblätter) und Vorbereitung der öffentlichen Meinung durch Verleumdungen, schließlich bei offenem Terror, um die KPD/ML zu verbieten. Immer mehr Betriebsräte und IGM-Ortsverwaltungen arbeiten mit dem Verfassungsschutz zusammen, immer mehr Vertrauensleute betätigen sich als Denunzianten und Werksspitzel. Daran wird deutlich, wie sehr der Reformismus die Klassenmoral der Arbeiter untergraben kann. Je schärfer aber diese Herrschaften gegen die Kommunisten vorgehen, desto deutlicher entlarven sie sich vor den

Klare Fronten

'Das Kölner Spitzengespräch klärte die Fronten', meldete die 'Welt der Arbeit', Organ des DGB, über das Treffen zwischen Gewerkschaftsführern und Arbeitgeberverbänden, das Mitte Juli in Köln stattfand. Nämlich: Die dort verabschiedete Erklärung 'widerlegt alle in letzter Zeit hochgespielten Behauptungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften würden Arm in Arm gegen die Bonner Politik Front machen'. Im Gegenteil: Sie haben 'ihren gemeinsamen Willen bekundet, die die Stabilitätspolitik der Bundesregierung nachdrücklich zu unterstützen'. Wer sich noch über solche Gemeinsamkeiten wundert und sogar meint, es müßte ja eigentlich eine Front geben zwischen DGB und den Kapitalisten und ihrer Regierung, der wurde belehrt: 'Angesichts der Gefahren, die sich aus Konjunkturschwankungen entwickeln und gegenwärtig vor allem im Preisanstieg deutlich werden, stellen sich auch übereinstimmende Aufgaben aus volkswirtschaftlicher Verantwortung'. Volkswirtschaftliche Verantwortung - das ist inzwischen sattsam bekannt - ist nur eine elegante Umschreibung für: Verantwortung für den Profit der Kapitalisten. Die DGB-Führer haben bei ihrem Spitzengespräch wirklich klare Fronten geschaffen, sie haben wieder einmal gezeigt, daß die Front genau zwischen ihnen und der Masse der Arbeiter läuft. (Zitate aus WdA, 23 Juli 1971)

Da die KPD/ML noch nicht sehr stark ist, muß sie sich bei ihrer Arbeit auf die Betriebe beschränken, in denen es am ehesten zu Kampfmaßnahmen der Kollegen kommt. Zu unterstützen sind besonders die Bildung von Streikleitungen, die möglichst die Streiks überdauern müssen. Umgekehrt wie die IGM, die darauf bedacht ist, kampfschwache Tarifbezirke als Muster herauszustellen, besteht die Aufgabe der Kommunisten darin, ihr Möglichstes zu tun, damit die Kollegen kampfstarker Betriebe ihre Forderungen durchdrücken. Der Arbeiter muß begreifen, daß sein Lohn nicht von seiner Arbeitsleistung, sondern von seiner Kampfkraft abhängt. Dazu ist es notwendig, einige deutliche Beispiele zu setzen. Das wird

Wie die Chemiestreiks gezeigt haben, wird er notfalls nicht zurückschrecken vor Polizeiterror und Einsatz des Werkschutzes, und mancher Kollege dürfte sich sein Teil gedacht haben, als er Anfang dieses Jahres in der Zeitung las, daß der Werkschutz von Bayer gegen einen türkischen Kollegen 'Selbstjustiz' mit der Pistole geübt hat. Klar gesagt werden muß, daß jede Niederlage der Arbeiterklasse zugleich einen Keim für ihren künftigen Sieg enthält, denn aus jeder Niederlage lernt sie hinzu, und da sie die überwältigende Mehrheit ist, ist ihr endgültiger Sieg unvermeidlich.

Um wirksam kämpfen zu können, bedarf die Arbeiterklasse einheitlicher Forderungen, die ihr helfen mög-

Rahmen gewerkschaftlicher Maßnahmen zu erzielen und daß tatsächlich nicht mehr 'herauszuholen' sei. Dabei ist die IGM gezwungen, die Arbeiter zu spalten, da zahlreiche Kollegen sich von ihr nicht mehr einwickeln lassen, die demzufolge isoliert werden müssen.

Zustatten kommt ihr einmal die traditionelle Aufsplitterung in Tarifbezirke. In kampfschwachen Bezirken läßt sich früher Abschluß erreichen, der als Muster für die weiteren Bezirke gilt. Danach kann dann Tarifbezirk nach Tarifbezirk 'aufgerollt' werden und den Arbeitern vorgemacht werden, daß ihre Kampfkraft im nationalen Maßstab nicht reicht. So geschehen in der Metallrunde 1970, wo Hessen trotz des Streiks bei Opel/Rüsselsheim 'vorpreschte' und und zu einem 10%-Abschluß kam. Als besonders widerstandsfähig erwiesen sich NRW und Baden-Württemberg Nord, wo die Arbeiter schließlich etwas höhere Abschlüsse durchsetzten (11 bzw. 12,2%). So geschehen in der Chemierunde 1971, wo Rheinland-Pfalz das Muster abgab.

Trotz solcher Gegenmaßnahmen unterliefen den Bonzen einige 'Pannen': So forderten die V-Leute der MFD 15% auf den Ecklohn, Lohngruppe 7. Ebenfalls 15% forderte der V-Leute-Körper von Küppersbusch in Gelsenkirchen. Am deutlichsten wurde die Forderung bei einer Belegschaftsversammlung von Opel/Bochum aufgestellt: Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution an die IGM Bezirksleitung Essen un den Gesamtbetriebsrat von Opel verabschiedet, worin 15% - 1 DM und 1000 DM Mindestnettolohn gefordert werden.

Diese Forderung entspricht derjenigen der KPD/ML. Als bei Hoesch propagiert wurde und bei vielen Kollegen Zustimmung fand, reagierte der V-Leute-Vorstand prompt: In einem Alleingang forderte er 75 Pfennig für alle Kollegen, führte dabei aber unversehens die Lohngruppe 6 als Ecklohn ein.

Und damit kommen wir zu der Kraft, die den IGM-Bürokraten schon jetzt ihre Verratsstrategie durchkreuzen kann: Die KPD/ML und andere 'maoistische' Gruppen.

V. Hauptfeind des Komplotts von Kapital, SPD-Regierung und DGB-Apparat - die KPD/ML

Im Gegensatz zur DKP, die zwar verschiedentlich die spontanen Streiks ausgelöst hatte, aber sogleich wenn diese gegen den reformistischen Gewerkschaftsapparat richteten, die Abwieglerrolle übernahmen, ist die Arbeit der Kommunisten darauf gerichtet, den Kollegen deutlich zu machen, wo ihre Feinde sitzen und wie sie am allerwirksamsten zu bekämpfen sind. Die Ratlosigkeit der IGM ist nicht zuletzt verursacht dadurch, daß sie nicht vorher wissen, wie groß der Einfluß der Kommunisten sein wird. Waren wir vor Jahresfrist noch schwach und konnten nur sporadisch eingreifen, so müssen die SPD/IGM jetzt damit rechnen, daß ihnen diesmal gerade an den Brennpunkten die Kommunisten das Handwerk schwer machen. Daß die IGM-Funktionäre die 'Maoisten' als ihren Hauptfeind erkannt haben, dafür sprechen Hetzartikel im Funktionärsorgan der IGM

klassenbewußten Kollegen als Arbeiterverräter. Die Bonzen wissen: sie haben mit der Verbotshetze nicht lange Zeit. Je länger sie zögern, desto mehr Kollegen werden wach.

der Klassenfeind mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern trachten. Da er besser organisiert ist, wird ihm das auch in den meisten Fällen gelingen.

lichst geschlossen aufzutreten. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Kräfteverhältnisse schlägt die KPD/ML folgende Forderungen für die Metalltarifrunde 1971 vor:



VI. Unsere Forderungen

1. Lineare Lohnerhöhung von 15% des effektiven Durchschnittslohns der Lohngruppe 7 - 1 DM. Für Angestellte eine entsprechende Gehaltserhöhung von 175 DM (entsprechend der durchschnittlichen monatlichen Arbeitsstunden.

Begründung: Die prozentuale Lohnerhöhung, wie sie bisher in der Metallindustrie gehandhabt wird, führt zu einem immer größeren Abstand der Löhne und spaltet damit die Arbeiterklasse. Die von vielen Kollegen geforderte lineare Lohnerhöhung macht deutlich, daß sie das begriffen haben. 15% - 1 DM sind erforderlich, um den Kaufkraftverlust von mindestens 10% und die höhere Lohnsteuer auszugleichen.

2. Tarifvertragliche Absicherung der Effektivlöhne bzw. -gehälter.

Begründung: Je mehr die Krise auf uns zukommt, desto mehr sind die Kapitalisten versucht, zu verstärktem Lohnabbau zu greifen. Die IGM unter-

Schluß Seite 7

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

GENOSSEN,
BITTE BEACHTET DIE NEUEN ANSCHRIFTEN DES ROTEN MORGEN

Redaktion:
Ernst Aust, 2000 Hamburg 71, Postfach 464

Verlag und Vertrieb:
Detlef Schneider, 2000 Hamburg 19, Postfach 7691

Der Profit steht im Mittelpunkt

Zu den Bundesbahn-Unglücken der letzten Zeit

„Im Mittelpunkt steht der Mensch" war die diesjährige Mai-Parole des DGB. „Fahr sicher mit der Bundesbahn" sagt die DB (Deutsche Bundesbahn). Wie sicher der angeblich im Mittelpunkt stehende Mensch im Kapitalismus, wie auch in jeder anderen Ausbeuterordnung lebt, zeigen die schweren Eisenbahnunglücke in diesem Jahr:

Aitrang – 9. Februar – 28 Tote, 35 Verletzte.

Illertissen – 18. Mai – 6 Tote, 27 Verletzte.

Radevormwald – 27. Mai –45 Tote, 26 Verletzte.

Rheinweiler – 21. Juli – 21 Tote, 122 Verletzte.

Nun könnte man sagen, auch in den sozialistischen Ländern gibt es Eisenbahnen, auch dort kann es zu einem Eisenbahnunglück kommen. Sicher, solange es eine Technik gibt, sind Unglücke nie ganz auszuschließen. Das Verbrechen beginnt dort, wo man nicht alles tut, um Unglücke dieser Art zu vermeiden. Was aber tut man in dieser Hinsicht im Kapitalismus?

Die Bundesbahn ist ein Dienstleistungsbetrieb. Dienstherr ist der kapitalistische Staat. Sie dient dem Transport von Waren und Personen. Für die Kapitalisten selbst ist dieser Sektor uninteressant, da er ihnen keinen Mehrwert bringt, da sie in diesem zweitgrößten westdeutschen Unternehmen (420 000 Beschäftigte, 15 Milliarden Mark Umsatz) keinen Profit machen können. Zum Beispiel hat die Bundesbahn rund 15 Milliarden Mark Schulden, die Jahr für Jahr um Milliardenbeträge wachsen.

Die Folge: Man spart. Aber wo? An Gehältern und Ausgaben für die Sicherheit. Die Überbeanspruchung zum Beispiel der Lokführer, von deren richtigem und schnellem Reagieren Leben und Gesundheit von bis zu 1000 Menschen abhängt, hat die schlimmsten Formen angenommen. Allein auf der mit 140 Stundenkilometern dahinrasenden Lok, bis auf eine 5-stündige Ruhepause auf 24 Stunden ununterbrochen im Dienst, müssen sie körperlich und geistig belasten bis an den Rand des Zusammenbruchs ihren Dienst verrichten. Als vor kurzem der Alpen-Expreß Rom/Kopenhagen im Bahnhof Meckbar in zwei Teile gerissen wurde, mußte der Lokführer, der unter schwerer Schockeinwirkung stand, den Rest des Zuges noch bis Hannover weiterfahren. Lokführer gehen im Durchschnitt mit 57 Jahren in Pension. Die Hälfte mit starken Herz- und Kreislaufbeschwerden. Der durchschnittliche Verdienst eines Lokführers beträgt 1.320,– brutto im Monat. – Der Mensch steht im Mittelpunkt!

Die Unglücke von Aitrang und Rheinweiler hätten vermieden werden können, wenn vor den Kurven ein sogenannter Indusimagnet (Preis 1.000 DM) eingebaut worden wäre, der die Geschwindigkeit eines Zuges, der zu schnell fährt, vollautomatisch abgebremst hätte. Aber statt 2.000 Mark auszugeben, nimmt man lieber den Tod von 49 Menschen in Kauf. Was zählt schon im Kapitalismus ein Menschenleben! 1.100 gefährlicher, ungesicherter Kurven gibt es noch in der Bundesrepublik. – Der Mensch steht im Mittelpunkt!

Warum wohl sind im kapitalistischen Staatshaushalt allein 12 Milliarden im kommenden Jahr und 147 Milliarden Mark bis 1985 für den Ausbau und die Erneuerung von Autostraßen eingeplant, während die Forderung von 1,8 Millionen Mark für zusätzliche Sicherung der Strecken der Bundesbahn im Bundestag nicht bewilligt wurden. Warum die Bevorzugung der Straße gegenüber dem Massenverkehrs- und Transportmittel Bundesbahn. Dahinter stehen die großen Automobilkonzerne, die durch den Absatz von PKW und LKW ihren Profit weiter steigern wollen. Dahinter stehen die Mineralöl-Industrie, die durch den Verkauf von Treibstoff horrende Gewinne macht. Dahinter stehen die großen Versicherungskonzerne und die Speditionsfirmen. Was kümmert die Sicherheit der Fahrgäste der Bundesbahn, was kümmert sie selbst Sicherheit der Insassen der Fahrzeuge, die sie verkaufen. 19.000 Tote in einem Jahr! Hauptsache die Kasse stimmt. Nicht der Mensch, sondern das Profitstreben der Konzerne, Versicherungen, Banken, steht im Mittelpunkt der kapitalistischen Gesellschaft.

Arbeiterkorrespondenz

Sklavenarbeit in der Spinnstoff-Fabrik Berlin-Zehlendorf

Seit August 1970 arbeite ich in der Spinnstoff-Fabrik und habe die Methoden dieser Filiale der Höchst-Werke, die gegen die Arbeiter praktiziert werden, genau beobachten können. Seit Juni 1970 emigrieren massenhaft junge Araber aus dem Nahen Osten. Es sind

behandelt! Sie müssen Kartons verpacken, die mehr als 40 kg wiegen, und ein einziger Kollege muß durchschnittlich 400 Stück und mehr in 8 Stunden tragen. Das sind also c. 16 000 kg, die ein einziger Arbeiter an einem Tag heben muß. Die ganze Arbeit wird übri-

darin besteht, den deutschen Arbeitern höhere Löhne als den Ausländern zu zahlen, unter dem Vorwand, daß die Deutschen besser ausgebildet sind und genauer arbeiten. Dennoch gibt es eine kleine Streikbewegung von Seiten der deutschen Arbeiter und Arbeite-

ROTER MORGEN

EIN WEITERER ERFOLG: DER ROTE MORGEN ERSCHEINT AB SEPTEMBER

vierzehntägig

Das Verlags- und Redaktionskollektiv des ROTEN MORGEN bedankt sich für die vielen Spenden, die im Monat Juli eingegangen sind.

1.7.	OG Heilbronn	30,00
1.7.	OG Karlsruhe	530,00
1.7.	J.Th., Göttingen	300,00
1.7.	Willi, Frankfurt	500,00
1.7.	Peter und Willi, Frankfurt	1 200,00
1.7.	M.E., Nordham	9,00
2.7.	L.G., Berlin	11,68
3.7.	KSB/ML Freiburg	609,50
6.7.	U.S., Frankfurt	11,00
6.7.	OG Offenburg	50,00
8.7.	Rote Zelle Schleswig	1 740,00
12.7.	D.R., Frankfurt	50,00
12:7.	KSB/ML Mannheim	50,00
12.7.	W.K., Essen	5,00
13.7.	OG Offenburg	900,00
14.7.	RBG Stürz und RBG Noell-Salzgitter, Würzburg	100,00
14.7.	H.M., Erlangen	150,00
14.7.	Ein Genosse aus Frankfurt	86,00

dies hauptsächlich junge Palästinenser, die seit dem Sechstage-Krieg heimatlos sind, nachdem ihnen die Israelis alles raubten, was sie hatten. Hinzu kommt die hohe Arbeitslosenquote in den Ländern des Nahen Ostens. Um sich Israel nicht zu unterwerfen, haben diese jungen Palästinenser den Weg der Emigration eingeschlagen. Sie besitzen nur einen Flüchtlingsreisepaß, der jedoch nicht ausreicht, um in Westdeutschland eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis zu bekommen.

Somit sind alle Bedingungen gegeben, um aus diesen Arabern einen Markt unterbezahlter Arbeitskräfte zu machen, ohne soziale Rechte, von denen man – ohne Übertreibung – sagen kann, es ist ein Sklavenmarkt.

Dieser internationale Sklavenmarkt wird hier in Westberlin von einem gewissen Büro Braun in Tempelhof, mit einem Verbindungsmann in Beirut, aufgezogen. Dieses Büro verkauft an die Spinnstoff-Fabrik die heimatlosen Araber. Diese Araber bringen der Fabrik den meisten Profit, denn sie werden unmittelbar von dem Büro Braun bezahlt und haben kein Anrecht auf Sozialversicherung, so daß die Fabrik und das Büro Braun sich den Kuchen teilen können und der Profit UNGEHEUER HOCH ist!

Jeder Araber bekommt vom Büro Braun einen Wochenlohn von DM 151,–, das ist alles. Kein Anrecht auf Krankenkasse, Unfallversicherung, kein Urlaubsgeld. Die Araber arbeiten also ohne Unterbrechung, sie können nicht aufhören zu arbeiten, denn sonst haben sie kein Geld zum Leben, außerdem ist ihre Arbeit sehr hart: In der Abteilung Sortierung werden die Araber wie Tiere gens mit der Hand geleistet.

Doch es kommt noch schlimmer: Seit Januar 1971 ist ein Prämiensystem für die Frauen eingeführt worden, die die Kartons vorbereiten. Sie arbeiten also schneller, und somit müssen die Araber zum gleichen Lohn ebenfalls schneller arbeiten. Neulich hat ein junger Araber sich am Arbeitsplatz ein Bein gebrochen. Er liegt jetzt im Krankenhaus auf seine eigenen Kosten.

Von ,den 90% ausländischen Arbeitern stellen die Türken den größten Anteil, die in ähnlicher Weise diskriminiert werden. Die türkischen Frauen bekommen nicht die gleichen Prämien wie die deutschen Frauen, obwohl sie die gleiche Arbeit verrichten.

Über solch gewinnbringende Arbeitskräfte ist die Spinnstoff-Fabrik natürlich hocherfreut. Als sich kürzlich türkische und sogar deutsche Arbeiter gegen die Zahlungs- und Prämienbedingungen auflehnten, wurde ihnen erklärt, sie könnten jederzeit gehen, denn das Büro Braun sei jederzeit bereit, ihnen „neue Ware" in großen Mengen zu liefern.

Unter dem Vorwand, daß es einen sogenannten Defizit gegeben habe, wird jeder Kampf um Lohnerhöhung abgeblockt. Der vorgegebene Defizit ist unerklärlich: denn vom 1. 1. 1971 an ist unter den Anweisungen des Höchst-Konzerns die Produktion auf das Doppelte gestiegen. Hier der Beweis: 1970 wurden in der Sortierung 1 100 bis 1 200 Kartons jeden Tag fertig gemacht. Seit Januar 1971 sind es 2 300 bis 2 500 jeden Tag.

Bei den deutschen Arbeitern verwendet die Geschäftsleitung eine sehr geschickte Methode, die rinnen. Sie arbeiten langsam und lassen sich sehr oft krank schreiben. Vor allem von jungen, etwas fortschrittlichen deutschen Arbeitern wird diese Art von Mini-Streik praktiziert, was durch eine Art von internen Polizeidienst einiger alter Nazis verhindert werden soll. So wurde neulich deswegen eine Arbeiterin in eine andere Abteilung versetzt.

Neulich hat die Geschäftsleitung allen Kollegen Drohbriefe geschickt, worin sie den sogenannten Defizit der Firma erklären will, der auf dem Rücken der Arbeiter normalisiert werden soll. Außerdem kündigt sie an, die Produktion weiterzuführen, auch wenn die Gewerkschaft den Streik ausrufen sollte. Dieses ist der Firma ja möglich, denn die Türken und besonders die jungen Araber können die Arbeit nicht einstellen, denn wenn sie aufhören, hätten sie nicht nur kein Geld mehr zum Leben, sondern sie riskieren ihre Ausweisung. Das Büro Braun benachrichtigt die Ausländerpolizei sofort, wenn ein Araber nicht arbeitet.

Zum Schluß will ich noch auf die völlig unhygienischen Arbeitsbedingungen eingehen. Außer der harten Arbeit und der Arbeitshetze ist die Belüftung in den Spinnabteilungen TREVIRA und PERLON völlig unzureichend: Die Luft wird nicht gereinigt, man atmet schlecht, Klimaanlagen gibt es nur im Labor und etwas bessere Belüftung in der Sortierung. Die Luft ist durch die Produkte und Restbestände der Chemikalien vergiftet, die bei der Herstellung synthetischer Fasern verwendet werden, und es gibt keine Luftreinigungsanlage. Nicht nur die Lohnfrage ist also ein dringendes Problem, sondern auch die Frage der Gesundheit der Arbeiter ist von größter Wichtigkeit.

16.7.	**OG München**	**650,00**
17.7.	**R., Landau**	**5,00**
17.7.	**OG Frankfurt**	**100,00**
20.7.	**OG Worms**	**1 000,00**
20.7.	**OG Würzburg**	**100,00**
21.7.	**RG Schlüchtern**	**100,00**
21.7.	**A.C., Berlin**	**100,00**
22.7.	**RG Kempten**	**150,00**
22.7.	**RBG Samson, Frankfurt**	**115,00**
22.7.	**KSB/ML Freiburg**	**50,00**
22.7.	**Eine Rote Schülerzelle, Hannover**	**20,00**
24.7.	**K.Sch., München**	**10,00**
26.7.	**OG Offenburg**	**140,00**
27.7.	**KSB/ML NRW**	**50,00**
		8 922,18

Insgesamt haben wir seit März **33 570,84 DM** Spenden erhalten. Diese große Summe hat die Ermäßigung des Roten Morgen ab Nr. 6/71 auf 0,50 DM ermöglicht und auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung unseres zweiten Zieles geschaffen: Vom kommenden Monat an erscheint unser Zentralorgan vierzehntägig, ab Nr. 9/71 werdet ihr jeden zweiten Montag den Roten Morgen erhalten.

Nr. 9/71 trifft bei den Abonnenten und Ortsgruppen, bei den Buchhandlungen und Kiosken am Montag, dem 13.9.1971 ein. Die nächste Ausgabe, Nr. 10/71 erscheint dann am Montag, dem 27.9.1971.

Wir bedanken uns noch einmal bei allen Genossen, die diese Erfolge ermöglicht haben.

Um den neuen Erscheinungsrhythmus zu sichern und um unser nächstes Ziel zu erreichen: das **wöchentliche** Erscheinen des Roten Morgen, bitten wir alle Genossen, die Spendenaktion fortzusetzen.

1972 muß der ROTE MORGEN wöchentlich erscheinen !

Verlags- und Redaktionskollektiv des ROTEN MORGEN

Postscheckkonto Hamburg 3364 44 (D. Schneider)
Stichwort: RM-Spendenaktion

Partisanenkämpfer auf dem Weg zur Ausführung eines Auftrags

الثـــورة الفلسطينيّة

NEUE KÄMPFE IN JORDANIEN

Gegenwärtig verschärfen sich die Angriffe gegen die bewaffneten Kräfte der palästinensischen Revolution, gegen die Revolutionäre und die Volksmassen der ganzen arabischen Welt.

Im Juli kündigte die US-Marionette Hussein den Fedayin das Abkommen auf, das nach dem Bürgerkrieg vom September entstanden war (s. RM 11/70). Dieses Abkommen regelte das Verhältnis zwischen den bewaffneten Kräften der Revolution und dem Hussein-Regime. Es war nichts als ein vorläufiger Kompromiß, ein taktischer Waffenstillstand zwischen den sich unversöhnlich gegenüberstehenden Klassen der jordanischen Gesellschaft. Auf der einen Seite die palästinensischen (und die mit ihnen eng verbundenen jordanischen) Volksmassen, auf der anderen Seite die jordanische Feudal-Clique, die jordanische und Teile der **palästinensischen** Bourgeoisie. Wie im September, so handelte Hussein auch jetzt im Auftrag und als Agent des US-Imperialismus, der ihn als Werkzeug benutzt, um seine Kontrolle über Teile des Nahen Ostens zu festigen und seinen Einflußbereich zu erweitern.

Husseins Truppen starteten ihren Angriff mit Panzern, schwerer Artillerie und Napalm-Bomben. Mehrere hundert Fedayin wurden getötet oder gefangen genommen. In diesen Kämpfen fiel auch nach heroischem Widerstand gegen eine Übermacht der reaktionären Truppen Abu Ali Iyad, einer der Führer der Al Fatah. Daß es sich bei den Kämpfen nicht um eine „innerjordanische Angelegenheit" handelte, wurde durch die Reaktion der syrischen Baath-Regimes deutlich. (Baath ist eine panarabische Partei der nationalen Bourgeoisie, die demagogisch einen „arabischen Sozialismus" predigt.) Die syrische Armee sorgte dafür, daß die in Syrien stationierten Verbände der Fedayin nicht nach Jordanien zur Entlastung der angegriffenen Genossen abrücken konnten. Das syrische Regime verhinderte, daß Waffen aus Algerien an die Partisanen weitergeleitet wurden. Es verhaftete die Führung der Fedayin-Organisation Saiya, die dem linken Flügel der Baath-Partei angehört.

Die Kämpfe vom letzten September wiederholten sich auf einer höheren Stufe: das faschistische Hussein-Regime führt im direkten Auftrag des US-Imperialismus den Angriff durch. Die sogenannten „fortschrittlichen" Regimes – Instrumente der arabischen National-Bourgeoisie – unterstützen die Konterrevolution, offen, wie die syrischen Baathisten oder durch „Neutralität" wie die Sadat-Clique in Ägypten. Wir haben im RM schon darauf hingewiesen, daß diese falschen Sozialisten nicht nur ihre eigene Herrschaft vor den von den Fedayin mobilisierten Volksmassen schützen müssen. Sie handeln gleichzeitig als Interessenvertreter des Sozialimperialismus im Nahen Osten. In dem Kampf der imperialistischen Mächte um die Reichtümer des Nahen Ostens, um politische Einflußsphären, stützen sich die neuen Zaren gerade auf die Regimes der arabischen Bourgeoisie, die im Widerspruch steht in der Allianz US-Imperialismus –arabische Reaktion. Um ihre ökonomische und politische Macht zu festigen und über den ganzen Nahen Osten auszudehnen, muß sich die Bourgeoisie in den Besitz der Erdölquellen setzen. Daher ihre Pläne, der staatlichen Vereinheitlichung der arabischen Welt, die sich in der Ideologie als „Nasserismus" oder „Baathismus" ausdrückt.

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Schwäche (zunehmender Widerstand der Volksmassen!) kann die arabische Bourgeoisie den Kampf nur führen, indem sie sich mit der anderen Supermacht dem SU-Sozialimperialismus, verbindet. Dieses Bündnis wird bestimmt durch die Tendenz der ständig zunehmenden Einflußnahmen der SU. Diese Tendenz drückt sich aus in dem kürzlich erfolgtem Abschluß eines 15(!)-Jahresvertrages mit der Sadat-Clique. Sie drückt sich in den „Regierungsumbildungen" und Putschen der letzten Zeit aus. In Syrien z.B. hat gerade **die** Gruppe die Macht an sich gerissen, die

Bestimmende. Diese Einheit drückt sich politisch aus im Roger-Plan (RM 10/70), der erstens die staatliche Existenz Israels garantiert (und damit die Vertreibung der Palästinenser rechtfertigt) und zweitens die Einflußsphären der beiden Supermächte im Nahen Osten festlegt. Der Rogers-Plan ist eine Erscheinungsform des Hauptwiderspruches im Nahen Osten, nämlich des Widerspruches zwischen SU- und US-Imperialismus und ihren Lakaien auf der einen, den arabischen Volksmassen auf der anderen Seite. Der Rogers-Plan ist somit vor allem der Plan des gemeinsamen Angriffs aller Reaktionäre auf das arabische Volk und seine Vorhut, die bewaffneten Kräfte der palästinensischen Revolution.

Die gegenwärtig verstärkten Angriffe der Reaktionäre auf die Fedayin zielt auf die Zerschlagung der gesamten arabischen Revolution. Deshalb hat der palästinensische Nationalkongreß

Leserbrief

Kritik an Betrieb und Gewerkschaft oder an der Losung „marxistisch - leninistische Betriebsräte haben auf Konflikt hinzuarbeiten".

ben. Unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich deshalb auch, daß sich die Genossen als Betriebsräte für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen müssen, für Interessen, die

Die Losung „Betriebsräte haben auf Konflikt hinzuarbeiten", ist eine Losung, die den Massen nichts nützt. Nehmen wir einmal an, ein fortschrittlicher Kollege, der in einer RBG mitarbeitet, läßt sich zum BR wählen und unterstellen wir ihm, er arbeitet auf Konflikt hin, dann muß er aber damit rechnen, daß er aus dem Betrieb entlassen wird. Er wird entlassen und hat keine Möglichkeit mehr, sich mit den Massen in dem Betrieb, von denen er das Vertrauen besitzt, zu verbinden. Er wird auf's Pflaster geworfen und wird arbeitslos.

Das muß ganz klar erkannt werden und es muß deshalb die Frage beantwortet werden: Sollen RBG-Genossen sich nun nicht wählen lassen und sollen sie deshalb nur das BR-System entlarven, oder müssen sich die RBG-Genossen wählen lassen, dürfen aber nicht auf Konflikt hinarbeiten, um die Verbindung mit den Massen nicht zu verlieren?

Die Entscheidung dieser Frage und der ganze Kampf um ihre Lösung spitzt sich noch um folgendes zu. Nehmen wir an, ein RBG-Genosse, der sich vorbildlich für die Interessen der Massen, für die Interessen seiner Kollegen einsetzt, wird von seinen Kollegen dazu gedrängt, Betriebsrat zu werden. Wie muß er dann handeln? Hat er die Wahl zum BR abzulehnen, wobei er den Massen unverständlich wird, oder hat er die Wahl anzunehmen?

Diese ganzen Fragen können wir nicht lösen, wenn wir den Konflikt als Selbstzweck betrachten. Die Losung, daß die Betriebsräte auf Konflikt hinarbeiten sollen, sollte ersetzt werden durch die Losung, daß sich die Kommunisten voll und ganz für die Interessen der Massen einzusetzen haben, die jedem Kollegen verständlich sind, die den subjektiven und objektiven Bedürfnissen der Kollegen entsprechen. Wenn wir so handeln, dann können wir auch das BR-System vor den Massen entlarven. Denn natürlich wird es bei der Vertretung der Interessen der Kollegen Konflikte mit dem Unternehmer geben. Aber diese Konflikte dienen dann dazu, daß allen Kollegen klar auf der Hand liegt, daß die Institution des BR nicht für die Vertretung ihrer Interessen da ist, daß der Konflikt nicht ein Konflikt dieses oder jenes „Linken" oder „Weltverbesserers" mit dem Unternehmer ist, sondern ein Konflikt der Interessen der Arbeiter mit den Interessen der Bourgeoisie.

Für die Arbeit als Betriebsräte brauchen wir eine Losung, die uns mit den Massen verbindet, die dazu dient, das Bewußtsein der Massen zu heben. Dies kann die Losung „ml-Betriebsräte müssen auf Konflikt hinarbeiten" in jeder Beziehung nicht leisten. Sie birgt die Gefahr in sich, daß sich die Genossen von den Massen lösen, denn sie sieht den Konflikt als Selbstzweck.

Einen Konflikt auf dieser Ebene kann aber die Partei des Proletariats nur ausnutzen, wenn er für alle Kollegen erkennbar ein Konflikt ihrer Interessen mit den Interessen des Kapitals ist.

Deshalb sollte die Losung lauten:

> sich für die Interessen der Kollegen voll einsetzen,
> soch vor Konflikten mit der Bourgeoisie nicht scheuen.

Rot Front
Genosse aus Freiburg

(Der nächste Teil des Gewerkschaftsartikels wird auf diese Frage noch einmal eingehen und die vorliegende Kritik verwerten. Die Red.!)



Revolution bis zum Sieg

die Macht an sich gerissen, die bereit ist, bedingungslos im Auftrag des Kreml die palästinensische Revolution zu unterdrücken.

Gegenwärtig haben sich also die Widersprüche zwischen der arabischen National-Bourgeoisie und den Feudalcliquen, das heißt zwischen den Interessen der SU- und US-Imperialisten im Nahen Osten verschärft. Was heißt das im Bezug auf die palästinensische Revolution? Im Widerspruch US-SU-Imperialismus ist gegenwärtig trotz Verschärfung nicht der Kampf, sondern die Einheit das

lästinensische Nationalkongreß im März festgestellt, daß der Kampf des palästinensischen Volkes nicht vom Kampf der jordanischen Massen getrennt werden kann. Der bisher erreichte Grad der Einheit dieses Kampfes, der Einheit der arabischen Revolution, verurteilt die Versuche der Reaktionäre, die Fedayin zu isolieren und zu zerschlagen, von vornherein zum Scheitern. Das zeigt sich vor allem darin, daß der bewaffnete Kampf der Marxisten-Leninisten in Dhofar (Arabische Halbinsel) immer größere Erfolge erzielt.

Der Landesverband Westberlin der KPD/ML propagiert den Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker, indem er verschiedene arabische revolutionäre Organisationen bei der Durchführung eines Teach-ins und einer Demonstration unterstützte. Ein Sprecher der Partei entlarvte auf einer Kundgebung die Verbrechen der beiden Supermächte und griff in diesem Zusammenhang den Opportunismus verschiedener Berliner Gruppen an, die antiimperialistisch sein wollen, sich aber weigern, den Revisionismus zu bekämpfen.

Weiter sagte er in Bezug auf die arabische Revolution: „Wenn es darüberhinaus den Kommunisten gelingt, sich in einer Kommunistischen Partei zusammenzuschließen, die mit dem Marxismus-Leninismus gewappnet ist, und es gelingt, die Einheit der Befreiungskräfte und des Volkes zu schmieden, dann wird kein Feind, und sei er auch noch so groß und technisch überlegen, das palästinensische Volk in die Knie zwingen können."

Zum Kampf zweier Linien in der Gewerkschaftsfrage

(2. Teil)

Neue Gewerkschaft nicht auf der Tagesordnung

Hatten wir im 1. Teil unseres Artikels bewiesen, daß durch das Hineinwachsen des reformistisch-bürokratischen Apparats der DGB-Gewerkschaft – also nicht nur der oberen Spitzen – in den kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat, aus der früheren Klassenorganisation der Arbeiter die Gewerkschaften zu einem Teil der kapitalistischen Staatsmacht wurden, der durch organisiertes Streikbrechertum der „friedlichen" Planung der Ware Arbeitskraft dient, so wollen wir jetzt untersuchen, welche Strategie und Taktik sich für uns daraus ergibt.

Worin besteht der Hauptgegensatz in der Einstellung der Gewerkschaftsfrage zwischen uns und den Revisionisten der DKP und den neorevisionistischen Führern des SALZ, KAB und ähnlichen Organisationen? Darin, daß sie behaupten, man könne die Gewerkschaften durch Eroberung des reaktionären Gewerkschaftsapparates durch „Kontrollieren", „Kritisieren", „notfalls abwählen" wieder zu „Kampforganisationen der Arbeiterklasse" machen, während wir sagen, daß dieser Weg angesichts der verschmelzung von DGB-Apparat– Kapital – und Staatsapparat nicht möglich ist. Der Gegensatz zwischen der KPD/ML und ihnen besteht nicht in der Frage, **ob** man den ökonomischen Kampf führen soll, sondern darin, **wie** dieser Kampf zu führen ist. Was den Kampf um wirtschafliche Teil- der Volksmassen im revolutionären Geist des Proletariats, für die ständige Hebung des Bewußtseins der Massen und die Organisierung der revolutionären Kräfte im Sinne der Vorbereitung der Massen für die Revolution auszunutzen und zu führen. Das ist es, worin sich eine revolutionäre Politik von jeder beliebigen Sorte bürgerlicher Arbeiterpolitik unterscheidet.

Schaut man sich ihre Publikationen, die Zeitschriften und Zeitungen solcher Organisationen wie der DKP, der SALZ und anderer oftmals sich marxistisch-leninistisch nennender Organisationen an, so stellt man fest, daß in ihnen sehr viel vom ökonomischen Kampf aber nie von der Notwendigkeit der Vorbereitung der Revolution, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsappara- rung des kapitalistischen Staates „empfohlenen" Lohnleitlinien, (diesjähriger IG-Chemie-Abschluß 7,8%) und schanzen den Unternehmern, die schon im letzten Jahr eine Lohnerhöhung für dieses Jahr von 10 bis 12% einkalkulierten und die Preise ihrer Waren entspechend erhöht hatten, einen Extra-Profit von 3-4% zu. Für das immer enger werdende Verwachsen des reformistischen Gewerkschaftsapparates mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat ließen sich noch zahlreiche andere Beispiele anführen. Notwendigerweise aber – mit Verschärfung der Klassenkämpfe – muß dieses Verwachsen die Möglichkeiten der Demagogie der reformistischen Gewerkschaften immer mehr einengen, so daß – wie schon in der Weimarer Zeit – in der Perspektive der reformistische und sozialdemokratische Apparat seine Rolle als Teil des kapitalistischen Unterdrückungsapparates ohne Anwendung offenen Terrors gegen die Arbeiterklasse nicht mehr wird spielen können. Dies wäre der Beginn der Umwandlung des Reformismus in den Sozialfaschismus – als höchster Ausdruck der Verschmelzung des Reformismus mit der bürgerlichen Staatsgewalt.

Dieses Verwachsen führt aber und sofort eine Spaltung der Gewerkschaften ins Auge fassen, daß wir zu diesem Zweck eigene Organisationen, und sei es auch nur als „Keimform", bilden? Nein. Das wäre falsch und im höchsten Maße sektiererisch. Genau das wäre der Fehler, den Lenin im „Der Linke Radikalismus – die Kinderkrankheit des Kommunismus" kritisiert hat, als er sich über die „sehr netten (und meist wohl sehr jungen) Kommunisten" lustig machte, die „unbedingt eine nagelneue, blitzsaubere" Gewerkschaft gründen wollen.

Was heißt überhaupt Spaltung der Gewerkschaft? Wenn wir diese Frage korrekt beantworten wollen, müssen wir davon ausgehen, daß die Arbeiterklasse selbst gespalten ist. Und zwar durch die reformistische Ideologie in das Lager der Anhänger dieser Ideologie und in das Lager der revolutionären Arbeiter. Unsere Aufgabe ist es, **diese** Spaltung aufzuheben, das heißt, einen immer größeren Teil der Arbeiterklasse zum Bewußtsein seiner objektiven Klasseninteressen zu bringen. Dazu führen wir den kompromißlosen Kampf gegen die Reformistische und alle übrigen bürgerlichen Ideologien. Die Spaltung der Gewerkschaft ist der organisatorische Ausdruck dieses Kampfes. Sie wird – wie die von den Kommunisten, sondern vom bürgerlichen Gewerkschaftsapparat selbst vollzogen. Er ist dann zur Spaltung gezwungen in Form von Massenausschlüssen, wenn der Kampf der Kommunisten das Lager der revolutinären Arbeiter derart vergrößert hat, daß es die Herrschaft des Apparats gefährdet. **Erst dann** wird auch die KPD/ML daran gehen, revolutionäre Gewerkschaften aufzubauen.

Wir sind der Meinung, daß das, was Ernst Thälmann in seinem Schlußwort auf dem 10. Plenum des ECKI (1928) sagte, auch für uns heute zutrifft: „In Deutschland steht in der heutigen Situation die Gründung neuer Gewerkschaften nicht auf der Tagesordnung . . . wir dürfen bei einer solchen ernsten Frage in der Gewerkschaftsarbeit keine Etappe überspringen. Wir müssen besonders in der Anwendung unserer revolutionären Taktik in der Gewerkschaftsbewegung eine solche Manövrierfähigkeit, revolutionäre Klugheit und Elastizität entwickeln, daß das Proletariat versteht, daß wir für die revolutionäre Einheit der Gewerkschaftsbewegung kämpfen überall dort, wo der revolutionäre Klassenkampf sich Geltung verschaffen kann."

Wenn also die Gründung neuer Gewerkschaften nicht auf der Tagesordnung steht, so ist auch die Bezeichnung der Roten Betriebsgruppen als „Keimform" einer neuen Gewerkschaft, wie sie in „Betrieb und Gewerkschaft" und auch zeitweilig im „RM" propagiert wurde, ein Fehler, eine „linke" Abweichung. Wir können den zweiten Schritt nicht vor dem ersten machen. Was aber ist der erste Schritt?

(Fortsetzung und Schluß nächste Ausgabe)

forderungen oder Reformen überhaupt betrifft, sind Marxisten-Leninisten von jeher der Ansicht, daß der Kampf um **die Verbesserung** der Lohnsklaverei dem Kampf um die **Beseitigung** der Lohnsklaverei, der Kampf um die Reformen dem Kampf für die Revolution untergeordnet sein muß.

Lenin hat dies einmal folgendermaßen formuliert:

„Man ist sehr oft gezwungen . . . zu einer Unmasse von kleinen und kleinsten Reformen Stellung zu nehmen, aber man muß es verstehen oder es erlernen, für die Reformen so (auf solche Weise) Stellung zu nehmen, daß wir – um die Sache ein bißchen mechanisch, aber drastisch auszudrükken – in jeder halbstündigen Rede 5 Minuten von Reformen, 25 von der kommenden Revolution sprechen". (Prinzipielles zur Militärfrage, Dezember 1916).

Zitiert man Revisionisten und Neorevisionisten gegenüber dieses Lenin-Wort, so erheben sie ein gar mächtiges Geschrei und sagen, wir rissen die Dinge aus dem Zusammenhang. Lenin habe dieses Wort 1916 am Vorabend der Oktoberrevolution gebraucht, die Situation von damals in Rußland sei mit der heutigen in Westdeutschland nicht zu vergleichen. – Sehr richtig. Nur was schließen sie und wir daraus? Während sie angesichts der zeitweilig noch schwach entwickelten Klassenkämpfe in Westdeutschland noch sagen, man müsse sich auf den ökonomischen Kampf, auf den Kampf um kleine und kleinste Reformen beschränken und dürfe keinesfalls den Arbeitern was von der Revolution erzählen, das verstünden sie nicht, sagen wir, daß es notwendig ist, jeden ökonomischen Kampf und jeden Kampf um Reformen für die Erziehung

tes und der Errichtung der Diktatur des Proletariats die Rede ist. Auch manche unserer Betriebszeitungen sind nicht ganz frei von dieser Tendenz. Natürlich kann und darf die Erklärung dieser Notwendigkeit nicht abstrakt erfolgen, sondern man muß ausgehen und anknüpfen an die täglichen Erfahrungen und Erkenntnisse der Arbeiterklasse. Sie aber auch nur einen Moment zu vernachlässigen, würde uns geradewegs in den Sumpf des Revisionismus, des Verrats an der Arbeiterklasse führen.

Der wechselseitige, unzertrennliche Zusammenhang vom ökonomischen und politischen Kampf, von Reform und Revolution, aber bedingt, daß die Arbeiterklasse grundsätzlich revolutionäre Gewerkschaften braucht, die die Aufgabe haben:

- 1. Den Lohnkampf
- 2. Den Kampf zur Aufhebung des ganzen Lohnsystems zu führen.

Die Gewerkschaften verfehlen – wie Marx und Engels unermüdlich betonten – „im allgemeinen ihren Zweck", wenn „sie sich auf einen Guerilla-Krieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisierte Kraft als einen Hebel zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. der endgültigen Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen."

Beide Aufgaben, die korrekte Führung der Lohnkämpfe im Interesse der Arbeiterklasse geschweige denn der Kampf um die Aufhebung des ganzen Lohnsystems, werden vom DGB nicht erfüllt. Bei der Führung ihrer sogenannten Lohnkämpfe halten sie sich korrekt an die von der Regie-

auch zu einer schärferen Herausbildung der Klassenfronten: Auf der einen Seite die Arbeiterklasse und auf der anderen Seite die Dreieinigkeit von Bourgeoisie, Staatsmacht und Gewerkschaftsapparat. Damit verschärft sich der Widerspruch zwischen der Klassenbasis und dem Klassenauftrag der reformistisch tendenziell sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, nicht nur den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse, sondern auch seine Verbindung mit dem politischen Kampf zu verhindern. Aus dem Verwachsen des reformistischen und sozialdemokratischen Apparats der Gewerkschaften mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat ergeben sich mit Notwendigkeit folgende Aufgaben einer revolutionären Gewerkschaftspolitik:

Prinzipiell, langfristig, strategisch gesehen, müssen wir den Aufbau revolutionärer Gewerkschaften ins Auge fassen. In den Leitsätzen über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Kommunistische Internationale (angenommen auf dem II. Kongreß der Komintern am 5. August 1920) heißt es dazu:

„Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als die Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung einer Gewerkschaftsorganisation zurückschrecken, wenn der Verzicht gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, mit dem Verzicht auf den Versuch, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen, und mit dem Verzicht, auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats."

Heißt das aber nun, daß wir jetzt

Geschichte beweist – auch nicht ★

YÜ GUNG VERSETZT BERGE



Mit Steinmeißeln und Vorschlaghämmern
Mit Spaten und Spitzhacken
Gruben sie
Den Hongqui-Kanal
Einen Hauptarm
Drei Nebenarme
Und an die zweihundert
Verästelungen
Auf den Schultern trugen sie
Die Steine die sie brauchten
Für die Dämme
In Körben und Kiepen
Trugen sie die Erde
Die sie wegschleppten
An Seilen hängend
Über Abgründen
Brachen sie die Felsen
Aus den Bergen
Zehn Jahre lang
Bis aus einer Einöde
Blühendes Land wurde.
Wieviel könnten wir leisten
Mit unseren Mitteln
Wenn wir Kommunisten wären
Wie die Erbauer
Des Hongqui-Kanals.

Walter Stark, Ingolstadt

Der Hungchikanal windet sich mit seinem Hauptarm auf einer Strecke von 70 km durch die Taihang-Berge, Zentralchina. Gebaut wurde er von den Menschen des Kreises Linhsien, Provinz Honan.



Tarifrunde 71:
DAS
DILEMMA
DER IG-METALL

Schluß von Seite 3

stützt das, indem sie die Forderung nach Absicherung erst gar nicht stellt. Stattdessen will sie uns mit Bildungsurlaub, Zwangssparen ('Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand') ablenken. Zwar verhindert die tarifliche Absicherung den Lohnabbau nicht, doch sind die Bonzen gezwungen, aktiv Verrat zu üben, und das fällt den Kollegen dann auf.

3. Gegen Arbeitsplatzbewertung und Punktsystem.

Begründung: Die Arbeitsplatzbewertung öffnet Tür und Tor für Willkür der Vorgesetzten und fördert zugleich die Kollegen, die den Meistern usw. in den Hintern kriechen. Damit spaltet sie die Arbeiterklasse und verstößt zugleich gegen den Grundsatz: Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit.

4. 1000 DM Mindestnettolohn bzw. -gehalt.

Begründung: Ein Lohn von 1000 DM ist das Mindestmaß dessen, was heute eine normale Arbeiterfamilie zum Leben braucht. Diese Forderung findet in starken Tarifbezirken die Zustimmung der meisten Kollegen, wir fordern sie auch für Bayern, wo nur wenige Kollegen überhaupt an 1000 DM herankommen und daher meinen, das sei zu hoch. Wenn sie sich aber überlegen, wieviel sie brauchen, um eine Familie ernähren zu können, so merken sie, daß der Kapitalist ihnen nicht einmal das zahlt, was zur Erhaltung der Ware Arbeitskraft notwendig ist.

5. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Begründu g: Diese alte Forderung der Arbeiterbewegung bedeutet: Abschaffung der 'Leicht'lohngruppen

Nieder mit dem USA~Imperialismus

Zum Geheimbericht

In dieser Nummer des Roten Morgen setzen wir den Bericht über die Vietnam-Geheimstudie fort.

Der zutiefst ungerechte, verbrecherische Charakter des imperialistischen Krieges geht aus jeder bisher veröffentlichten Zeile des Geheimberichtes hervor. Die Imperialisten-Clique isolierte sich immer mehr, von den Völkern der Welt ebenso wie von den eigenen Volksmassen.

Sogar solche Berater wurden beiseite geschoben, die den imperialistischen Zielen in keiner Weise ablehnend gegenüberstanden, sondern nur die Lage der Imperialisten nüchtern analysierten und vor einem 'abenteuerlichen' Kurs warnten.

So geht aus der Geheimstudie hervor, daß bereits 1965 ein Berater Kennedys den 'Nationalen Sicherheitsrat' vor einer Ausweitung des Krieges warnte, da die USA den Krieg nicht mehr 'gewinnen' könnten.

Diese wohlwollende Mahnung wurde vom Außenminister Rusk in den Wind geschlagen, der solches 'Gerede' als 'spekulativ' bezeichnete. Er sagte: „Wir täten besser daran, von der festen Grundlage auszugehen, daß wir unsere Truppen erst dann aus Vietnam abziehen werden, wenn der Krieg gewonnen ist."

Die Imperialisten machten sich tatsächlich Illusionen über einen 'Sieg', doch welche Taktik sie auch anwendeten, sie war zum Scheitern verurteilt.

Mao Tsetung sagt:

Wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden.

Die verschiedenen militärischen Taktiken führen den US-Imperialismus nur noch

stab eingesetzt. Die Truppen der Aggressoren wurden von 80 000 auf 190 000 verstärkt. Dazu kamen noch 20 000 Soldaten aus Ländern, deren Regierungen vor dem US-Imperialismus zu Kreuze kriechen, aus Südkorea, Australien, Neuseeland.

Ende 1967 verfügte der damalige Oberbefehlshaber General Westmoreland über 1 000 000 Truppen, davon fast 500 000 US-Soldaten. Durch 'Such- und Zerstör-Aktionen' ('search and destroy') sollte die NFL endgültig vom Erdboden getilgt werden. Den Soldaten der imperialistischen Streitkräfte wurde befohlen, auf alles zu schießen, was sich bewegte (es gibt zahlreiche Augenzeugenberichte amerikanischer GIs über Massaker, von denen My Lai nur das bekannteste Beispiel ist). Die Gebiete, die von der NFL befreit waren, sollten 'gesäubert' und 'befriedet' werden. Wo diese Taktik 'erfolgreich' angewendet wurde, bedeutete es, daß die Dörfer niedergebrannt, Ernte und Vieh vernichtet wurdie Felder durch Chemikalien zerstört wurden.

Doch auch diese Aktionen konnten die Basis der NFL nur

Hackworth, der vor einigen Tagen voller Abscheu vor der Unfähigkeit der US-Armee seinen Abschied nach 25 Jahren Dienst nahm, drückte diesen Widerspruch so aus: „Die Nordvietnamesen sind für den Krieg richtig vorbereitet. Ihre Ausbildung besteht zum größten Teil aus politischer Indoktrination, was zur Folge hat, daß der Soldat wirklich davon überzeugt ist, was er tut. Diese Witzfiguren in der südvietnamesischen Armee sind nur motiviert durch ein Honda-Motorrad, eine Rolex-Uhr, einen Kühlschrank oder Ventilator und die Anzahl von Leckerbissen, die sie aus dem PX (Versorgungssystem der Armee) bekommen können. Das ist alles. Sie sagen nie: 'Verdammt, wir müssen das Ding gewinnen, weil es wichtig ist.'"

Ohne sich durch das Waffenarsenal des US-Imperialismus einschüchtern zu lassen, holte die NFL mit der Tet-Offensive 1968 zu ihrem bisher größten Gegenschlag aus. Im Verlauf der Offensive eroberten die Volksbefreiungsstreitkräfte weite Teile der ländlichen Gebiete zurück und errichteten einen revolutionären Staatsapparat. Außerdem zeigten sie den US-Imperialisten, daß auch die bis dahin für unangreifbar erklärten Stützpunkte nicht 'sicher' waren.

womit die Frauenlohngruppen meist getarnt werden, Abschaffung der geringeren Löhne für Jungarbeiter, ausländische Arbeiter und Lehrlinge in der Produktion, bei denen sich die Kapitalisten die Frechheit leisten, sie immer noch mit einem Taschengeld zu 'vergüten' !

6. Gegen jede Verschleppung der Tarifrunde.

Begründung: Die Äußerung des Betriebsratsvorsitzenden Pfeiffer von der Westfalenhütte hat gezeigt, daß bei der IGM bereits mit dem Gedanken einer Hinauszögerung der Kündigung der alten Verträge gespielt wird. Auch im Chemiebereich zeigte sich, daß mit dem Mittel der Verzögerung 'gearbeitet' wird, um hinterher den Kollegen höhere Tarifabschlüsse vorzutäuschen. Wenn die IGM z.B. 12% fordert und drei Monate lang dann 'Nadelstichtaktik' betreibt, so wäre ein eventuell herausspringender 10%-Abschluß in Wirklichkeit ja nur - umgerechnet auf das Jahr 7,5 % !

7. Entfristungsklausel gegen Lohnraub durch Preis- und Steuererhöhungen.

Begründung: Das Komplott von Kapital, Staat und DGB-Apparat versucht, die Tariferhöhungen sofort durch Preis- und Steuererhöhungen wieder aufzufangen. Häufig stehen die Preiserhöhungen schon vor Beginn der Tarifverhandlungen fest. Während die Lohnforderungen aber immer mehr zusammengekürzt werden, geschieht das mit den Preisen keineswegs. Die SPD-Regierung hat uns zudem schon eine Lohnraubsteuer beschert, deren Rückzahlung in immer weitere Ferne gerückt wird. Zwar soll der 'Konjunkturzuschlag' ab August aufgehoben sein, dafür will uns aber die SPD-Regierung ab Januar erneut zur Kasse 'bitten', diesmal mit einer 'gewöhnlichen' Steuererhöhung.



sicherer in seine endgültige Niederlage

Der Spezialkrieg ('Special War')

Hatte sich die US-Regierung vor 1961 damit 'begnügt', den Unterhalt und die Ausrüstung für die Marionettentruppen Diems zu bezahlen und Offiziere, Techniker und Piloten auszubilden, sowie militärische Operationen auf höchster Ebene zu kontrollieren, so änderte sich ihre Taktik mit dem Erstarken der Volksbefreiungsstreitkräfte.

Bis hinunter zur Kompanieebene wurden amerikanische 'Berater' eingesetzt, und Spezialtruppen zur Bekämpfung von 'Volkskriegen' griffen direkt in die Kämpfe ein.

Der 'Spezialkrieg' wurde mit dem Ziel geführt, die NFL innerhalb von 18 Monaten zu vernichten. Eine weitere Maßnahme die Diem schon in den Jahren 58/59 angewendet hatte, sollte den Erfolg dieses Planes garantieren: Die gesamte Landbevölkerung wurde in sogenannte 'Wehrdörfer' verschleppt, bei Diem hießen sie noch 'Wohlstandszonen'. Dadurch sollte der NFL die politische Basis entzogen werden. Wenn es stimmt, daß die Befreiungskämpfer wie Fische im Wasser schwimmen, so lautete die Logik der Imperialisten, das Wasser einfach 'abzulassen', um dadurch die 'Fische' zu vernichten. Doch wie alle anderen militärischen Taktiken versagten, so versagte auch dieser Plan jämmerlich.

Der örtlich begrenzte Krieg (local-limited war)

Als sich zeigte, daß die NFL durch den Spezialkrieg nicht geschlagen werden konnte, sondern stärker als je zuvor wurde und die Marionettenarmee nur noch ein Haufen demoralisierter Söldner war, holten die US-Strategen einen neuen Plan aus der Giftküche des Pentagon.

Von 64/65 ab wurden die Land-, See- und Luftstreitkräfte der USA in großem Maß-

konnten die Basis der NFL nur stärken. Trotz zigfacher materieller Überlegenheit, trotz Bomben, Nachschub usw. nützte auch diese Taktik der Imperialisten scheitern, denn der entscheidende Faktor ist eben nicht die Waffe, sondern der Mensch, der diese Waffe bedienen muß. In dieser Beziehung ist eine imperialistische Armee tausendmal einer Armee unterlegen, die, wie die NFL für die wirklichen Interessen des Volkes kämpft.

Der meistdekorierte aktive Offizier der US-Armee, Oberst

Gemäß der Theorie Mao Tsetungs über den Volkskrieg:

Die Städte von den ländlichen Gebieten einkreisen.

eilte seither die NFL von Erfolg zu Erfolg. Die Armee des amerikanischen Monopolkapitals versuchte darauf mit der Taktik des 'Säubern und Halten' ('clear and hold') zu antworten und begann, die sogenannte 'Vietnamisierung', von der Nixon und Konsorten heute schwärmen, bedeutet nichts anderes, als den Versuch, Vietnamesen gegen Vietnamesen kämpfen zu lassen. Auf Asien



ENVER HOXHA



LERNEN WIR DIE
MARXISTISCH-LENINISTISCHE
THEORIE IN ENGER VERBINDUNG
MIT DER REVOLUTIONÄREN PRAXIS

Eine am 8. November 1970 auf der Jubiläumssitzung anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung der Parteischule 'W.I. Lenin' gehaltene Rede

62 Seiten Preis 0,50 DM

Verlag NAIM FRASHËRI
Tirana, 1970

Der ZENTRALE LITERATURVERTRIEB liefert alle Publikationen aus der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien, sowie die Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN.

Der ZENTRALE LITERATURVERTRIEB vermittelt Abonnements für die Peking Rundschau und China im Bild.

Fordert Bestellscheine und Kataloge an.

ZENTRALER LITERATURVERTRIEB
Hans-Joachim Kühn
2 Hamburg 19
Postfach 7691
Postscheckkonto Hamburg 3217 30

bezogen, sollen sich nach Nixons Vorstellungen Asiaten gegenseitig abschlachten, und zwar im Interesse der US-Imperialisten.

Die 'Vietnamisierung' soll außerdem den Eindruck erwekken, daß der US-Imperialismus sich aus Südostasien zurückziehen will. Nixon versucht, dem amerikanischen Volk vorzugaukeln, er sei ein Friedensengel. Dazu dienen ihm geringfügige Truppenreduzierungen und relativ niedrige amerikanische Verluste. Er will vor dem eigenen Volk und den Volksmassen der ganzen Welt seine wahren Absichten verbergen, was aber letztenendes ein kläglicher und hoffnungsloser Ver-Versuch ist.

'Der Stein, den sie erhoben, fallt auf ihre eigenen Fusse.'

Mit jeder Maßnahme, die der US-Imperialismus ergriff, um die Volksbefreiungsstreitkräfte zu schlagen, erreichte er das Gegenteil von dem, was er wollte. Im Grunde genommen steht Nixon heute genau da, wo Eisenhower und Kennedy mit ihrem 'Spezialkrieg' begonnen haben. Heute müssen sie feststellen, daß sämtliche ihrer militärischen Taktiken gescheitert sind und daß ihre Betrugsmanöver fruchtlos waren. Allerdings haben die US-Imperialisten etwas erreicht, nämlich eine einheitliche Front der indochinesischen Völker gegen sich. Sie haben die Flammen des Volkskrieges nur noch stärker entfacht und sich letztenendes ihr eigenes Grab geschaufelt.

Mao Tsetungs großartige Erklärung trifft genau auf die Lage zu, in der sich der US-Imperialismus befindet.

Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie gar nicht so mächtig. Auf lange Sicht haben nicht die Reaktionäre, sondern hat das Volk eine wirklich große Macht.

Warum wird die Geheimstudie veroffentlicht ?

Die 'New York Times', die ja keineswegs imperialistischer Politik feindlich gesinnt ist, muß schwerwiegende Gründe haben, so große Geschütze gegen die Nixon-Regierung und ihre Vorgänger aufzufahren. Die Veröffentlichung der Studie, sowie die Abwehr eines gerichtlichen Verbots lassen sich - wie die Solidarität vieler anderer amerikanischer Zeitungen, die weitere Teile des Geheimberichtes abdruckten - nur auf dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre verstehen.

War sich die gesamte amerikanische Bourgeoisie anläßlich der Tongking-Resolution einig (nur 2 Senatoren stimmten dagegen), so sieht das Bild 6½ Jahre später schon ziemlich anders aus. Kürzlich stimmte zum ersten Mal eine Mehrheit im Senat dafür, einen festen Termin für den Abzug aller US-Truppen zu setzen. 57 Senatoren waren dafür (42 dagegen), alle Aggressionstruppen unter

Bei diesem Streit geht es im wesentlichen darum, wer die bessere Politik im Interesse des US-Imperialismus macht. Während ein ständig anwachsender Teil der amerikanischen Kapitalisten der Meinung ist, daß Nixon und seine Clique unfähig ist, eine vernünftige Politik in ihrem Interesse durchzuführen, hält der andere Teil an seiner bisherigen plumpen Politik fest. Es geht nicht darum: Wie können wir eine Politik im Interesse des amerikanischen Volkes machen, sondern die Frage lautet: Wie können wir unserem Volk und den Völkern der Welt über unsere wahren Absichten noch besser Sand in die Augen streuen ?

Denn niemals hat ein bürgerlicher Kritiker der amerikanischen Regierung das imperialistische System als solches kritisert. Die 'Times', die sich als mutiger Verteidiger der Rechte der Öffentlichkeit präsentiert, verteidigte bei

Der Machtkampf, der im Augenblick zwischen den verschiedenen Fraktionen der amerikanischen Bourgeoisie geführt wird, wird mit allen Mitteln geführt. Dazu gehört auch die Veröffentlichung der Geheimstudie. Dazu gehört auch die geplante Gründung einer 'Dritten Partei'. Es geht darum, sich beim amerikanischen Volk wieder Vertrauen zu erwerben, das u.a. durch den Vietnamkrieg erheblich erschüttert worden ist. Immer dann, wenn die herkömmlichen bürgerlichen Parteien es nicht mehr schaffen, das Volk in genügenden Maße für die Interessen der Bourgeoisie zu gewinnen, wenn sozusagen die alten Demagogen und Volksbetrüger ausgedient haben, muß die herrschende Klasse für 'neue' Politiker und Parteien sorgen, die das Vertrauen der Massen sich wieder erschleichen.

Sollte es jedoch den sogenannten 'Tauben' gelingen, 1972 den Präsidenten zu stellen, wird sich sehr bald zeigen, wer wirklich die Macht im Staat hat. Es wird sich zeigen, daß der US-Imperialismus bestenfalls im Augenblick der Schwäche zurücksteckt, um bei der nächsten Gelegenheit wieder loszuschlagen.



Die amerikanische Arbeiterklasse und gesamte Antikriegsbewegung muß die vorhandenen Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie für sich ausnutzen, ohne in den Fehler zu verfallen, von 'Demokraten und Liberalen' eine wirkliche Alternative zu Nixon zu erwarten. Denn solange der Imperialismus nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist, wird er immer wieder sein Haupt erheben und Aggressionskriege wie in Vietnam beginnen.

Die unterdrückten Völker und Nationen dürfen keineswegs ihre Hoffnung auf Befreiung an die 'Vernunft' der Imperialisten und deren Lakaien knüpfen; sie können nur dann den Sieg erringen, wenn sie ihre Einheit verstärken und im Kampf ausharren.

(Mao Tsetung) ★



So schätzte ein US-Berater die amerikanischen Ziele in Südostasien ein:

◈ zu 70% - um eine erniedrigende US-Niederlage zu vermeiden (für den Ruf als schutzmacht).

1964 fand das folgende Gespräch zwischen Botschafter Gen. Taylor und hohen vietnamesischen Politikern einschließlich der späteren Präsidenten Ky und Thieu statt. Taylor raunzte seine



der Bedingung innerhalb von 9 Monaten zurückzuholen, daß die abgeschossenen Bomberpiloten aus der Haft in Nordvietnam entlassen werden.

Diese Erklärung hat zwar keine rechtsverbindliche Wirkung, aber sie spiegelt deutlich den Widerspruch innerhalb der amerikanischen Bourgeoisie. Offensichtlich, und das läßt sich nicht nur am Beispiel Vietnam aufzeigen, bestehen innerhalb der herrschenden Klasse der USA erhebliche Meinungsverschiedenheiten, finden Machtkämpfe großen Ausmaßes statt. Diese Machtkämpfe verschärfen sich in dem Maße, in dem es auf die nächsten Präsidentschaftswahlen 1972 zugeht.

den Invasionen Kubas und der Dominikanischen Republik ebenso heftig das Recht der Regierung, diese Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Vietnam wird nun als Ausrutscher als Panne, als Fehler begriffen, der schließlich jeder Regierung mal unterlaufen kann. Diese Kritik richtet sich niemals gegen das amerikanische Monopolkapital selbst, sondern lediglich gegen einige Vertreter, die eine erfolglose Politik durchführten. Diese Liberalen beklagen sich nicht über die Politik einer Supermacht, sondern nur darüber, daß die Supermachtpolitik im Falle Vietnams ein Zuschuß-Geschäft gewesen ist. Sie können damit keine Dollars machen, wie oft genug gesagt wird.

- zu 20% - um Südvietnam (und daran angrenzende Gebiete) dem Zugriff der Chinesen fernzuhalten,
- zu 10% - um dem Volk von Südvietnam ein besseres und freieres Leben zu ermöglichen;
- auch, um aus der Krise herauszukommen, ohne durch die angewandten Methoden mit einem untragbaren Makel behaftet zu sein.
- NICHT, um einem Freund zu Hilfe zu kommen, obwohl es schwer wäre, dort zu bleiben, wenn wir gebeten würden zu gehen.

Marionetten so an: „Versteht ihr alle englisch ? Ich habe euch beim Essen mit General Westmoreland eindeutig gesagt, daß wir Amerikaner Putsche satthaben. Anscheinend waren meine Worte umsonst.....Ich habe klargemacht, daß all die militärischen Pläne, die ihr, wie ich weiß, gerne durchführen würdet, von der Stabilität der Regierung abhängig sind. Nun habt ihr wirklich Mist gemacht. Wir können euch nicht ewig tragen, wenn ihr solche Sachen macht."

DAS LETZTE TELEFONGESPRÄCH NGO DINH DIEMS VOR SEINER ERMORDUNG MIT DEM AMERIKANISCHEN BOTSCHAFTER AM 1. NOVEMBER 1963

DIEM: Einige Einheiten rebellieren und ich möchte wissen, welche Haltung die USA dazu einnehmen.
LODGE: Ich fühle mich nicht ausreichend informiert, um Ihnen das zu sagen. Ich habe die Schüsse gehört aber ich kenne nicht alle Umstände. Außerdem ist es in Washington jetzt 4.30 Uhr morgens und die US-Regierung kann sich unmöglich schon eine Meinung gebildet haben.
DIEM: Aber Sie müssen doch ungefähre Vorstellungen haben. Schließlich bin ich doch Staatsoberhaupt. Ich habe versucht, meine Pflicht zu tun. Ich möchte auch jetzt tun, was Pflicht und Einsicht verlangen. Ich achte die Pflicht über alles.
LODGE: Sie haben sicherlich Ihre Pflicht getan. Wie ich Ihnen heute morgen bereits sagte, bewundere ich Ihren Mut und Ihre großartigen Leistungen für Ihr Land. Niemand kann Ihnen das Verdienst, das Sie sich erworben haben, nehmen. Mir liegt ein Bericht vor, daß diejenigen, die für die augenblicklichen Aktivitäten verantwortlich sind, Ihnen und Ihrem Bruder sicheres Geleit aus dem Lande gewähren wollen, wenn Sie zurücktreten. Haben Sie davon gehört ?
DIEM: Nein. (Pause) Sie haben meine Telefonnummer, nicht wahr ?
LODGE: Ja. Wenn ich irgend etwas für Ihre persönliche Sicherheit tun kann, rufen Sie mich bitte an.
DIEM: Ich versuche gerade, die Ordnung wiederherzustellen.



estellschein

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HIERMIT BESTELLE ICH :
AB NUMMER ....

OTE MORGEN erscheint alle vierzehn Tage und kostet pro Jahr (26 Ausgaben) einschließlich DM 11,00. Dieser Betrag ist im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 336444 (D. Schnei-u bezahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL / ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Den Bestellschein bitte ausschneiden und senden an: